

Montenegro

Sebastian Schäffer

Während in den vergangenen Jahrzehnten die Innenpolitik des kleinen Adriastaates von Kontinuität der Regierungsverantwortung der Demokratische Partei der Sozialisten (DPS) sowie durch den abwechselnd als Minister- und Staatspräsident fungierenden Milo Đukanović dominiert worden ist, brachte die Parlamentswahl Ende August 2020 mit der höchsten Wahlbeteiligung seit der Unabhängigkeit nicht nur ein überraschendes Ergebnis, sondern auch einen Wandel mit sich.¹ Zum ersten Mal seit 30 Jahren befindet sich die DPS in der Opposition. Ein Koalition aus den drei Wahlbündnissen „Für die Zukunft Montenegros“, „Frieden ist unsere Nation“ und „Schwarz auf Weiß“ einigten sich darauf, Zdravko Krivokapić zum neuen Ministerpräsidenten zu wählen, der sich allerdings nur auf die knappe Mehrheit von 41 der 80 Abgeordneten stützen kann. Der 62-jährige Hochschullehrer beteiligte sich 2019 an den Antikorruptionsprotesten gegen die DPS und entschloss sich nach den Demonstrationen gegen das umstrittene Religionsgesetz im März 2020 politisch aktiv zu werden. Sein Kabinett besteht aus unabhängigen ExpertInnen, die zwar durch die Koalitionspartner nominiert wurden, sich dadurch aber im Zweifel nicht zwangsläufig auf die Unterstützung der einzelnen Parteien verlassen können. Dies führte auch zu Kritik unter anderem durch die Demokratische Front (DF), größte Partei im Wahlbündnis „Für die Zukunft Montenegros“, der auch Krivokapić angehörte, da die BürgerInnen PolitikerInnen und keine ExpertInnen gewählt hätten. Nachdem die Bestätigung im Parlament mehrfach verschoben werden musste, konnte man sich schließlich im Dezember 2020 trotz der unterschiedlichen Wahlprogramme auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen: Die DPS aus der Regierung zu wählen.

Fortführung, aber wenig Fortschritte der europäischen Integration

Zusätzlich bekannte man sich, den Weg der europäischen Integration fortzusetzen. Allerdings konnten im vergangenen Jahr nur wenig Erfolge diesbezüglich erzielt werden. Dies lag zum einen an der überarbeiteten Erweiterungsstrategie der Europäischen Kommission, von der Montenegro nach Aussage des Kommissars für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik Olivér Várhelyi² nicht betroffen sein soll, die aber dennoch Auswirkungen haben dürfte. Details werden dazu noch intern diskutiert.³ Zumindest sind zum 30. Juni 2020 alle Kapitel eröffnet worden, es konnten aber auch keine zusätzlichen vorübergehend geschlossen werden. Dabei kommt zumindest der Mechanismus aus der Strategie zur Anwendung, nachdem keine weiteren Kapitel geschlossen werden, wenn die entsprechenden Zwischenziele bezüglich der Rechtsstaatlichkeit nicht erreicht sind. Darüber hinaus erschweren administrative Herausforderungen resultierend aus dem Regierungswechsel die Verhandlungen. Die durch den Klientelismus Đukanović' enorme Größe der öffentli-

1 Vijesti: Rezultati DIK-a na 100 odsto prebrojanih glasova, 31.8.2020.

2 Vlagyislav Maksimov: EU-Erweiterung: Kommission versucht die Wiederbelebung, in: Euractive, 6.2.2020.

3 European Western Balkans: EC is preparing the implementation of the new methodology to Montenegro and Serbia, 18.3.2021.

chen Verwaltung macht es für Krivokapić fast unmöglich zu wissen, wem er vertrauen kann. Zudem gibt es kaum Personal mit Erfahrungen in Erweiterungsverhandlungen mit Brüssel, das nicht aus dem Umfeld der DPS kommt. Es scheint hier erklärtes Ziel der Anhänger Đukanović‘ zu sein, die neue Administration so dysfunktional wie möglich zu machen. Eine der größten Herausforderungen wird es sein, die Staatsvereinnahmung der letzten drei Jahrzehnte aufzulösen, ohne die notwendigen Kenntnisse in den staatlichen Institutionen zu verlieren. Es liegt aber auch an der Regierung selbst, entsprechende Maßnahmen zu setzen. Obwohl die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit eines der zentralen Themen der neuen Regierung ist, ist bisher keine Strategie dafür erkennbar. Somit bleibt dies neben der Notwendigkeit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Gewährleistung der Medienfreiheit weiterhin eine der größten Hürden für die EU-Mitgliedschaft Montenegros.

Pandemiebedingter Wirtschaftseinbruch und chinesische Kredite

Die stark auf Tourismus basierende montenegrinische Wirtschaft schrumpfte im vergangenen Jahr aufgrund der Covid-19-Pandemie um mehr als 15 Prozent.⁴ Die Arbeitslosigkeit stieg auf 17 Prozent. Um die Einbrüche in Exporten, Importen aber auch durch das private Konsumverhalten überbrücken zu können, wurden zusätzliche Kredite in Höhe von 750 Mio. Euro aufgenommen.⁵ Mittlerweile werden rund ein Viertel der Schulden Montenegros durch China gedeckt. Ein umstrittenes Autobahnprojekt, das den Hafen Bar mit Belgrad verbinden soll, wurde über einen chinesischen Kredit finanziert, dessen Rückzahlung im Juli 2021 beginnen soll. Dritan Abazović, stellvertretender Ministerpräsident, bat die EU um Hilfe bei der Refinanzierung der Schulden. Die Europäische Kommission steht nun vor dem Dilemma, hier entweder einen Präzedenzfall zu schaffen oder den chinesischen Einfluss in der Region weiter zu verfestigen.

Ausblick

Eine Veränderung des außenpolitischen Kurses des Landes und insbesondere die NATO-Mitgliedschaft sowie die stärkere Anbindung an Serbien könnten mögliche Bruchstellen der Koalition sein. Diese zeichnen sich momentan noch nicht ab. Dafür führten die Äußerungen des Justizministers, der den Völkermord in Srebrenica anzweifelte, im Juni 2021 zu seiner Entlassung durch das Parlament. Ob die Regierung dies übersteht, ist noch nicht abzuschätzen. Koalitionen, deren einigender Faktor die Beseitigung der bisherigen Regierung ist, sind darüber hinaus fragil, gerade bei einer so knappen Parlamentsmehrheit wie in Podgorica. Aber anders als zum Beispiel im Nachbarland Serbien, bei der 2000 das Milošević-Regime mit einem heterogenen Bündnis abgewählt worden war, bleibt Đukanović zumindest bis 2022 Präsident und die DPS stärkste Partei im Parlament.

Weiterführende Literatur

Armed Conflict Location & Event Data Project: Religion and Politics: Demonstrations in Montenegro, 2020.
Gustavo Oliveira Teles de Menezes: The Montenegro Identity and Statehood Question and the Formation of the Krivokapić Government, in: Contemporary Southeastern Europe 1/2021, S. 56–66.

4 International Monetary Fund: Montenegro, abrufbar unter: <https://www.imf.org/en/Countries/MNE> (letzter Zugriff: 18.6.2021).

5 Vasily Astrov et al.: Darkest before the dawn?, in: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche Forecast Report Spring 2021, S. 1–157.